

PARLAMENT DER  
DEUTSCHSPRACHIGEN  
GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2004-2005

Nr. 12

Ausführlicher Bericht

## INTERPELLATION

INTERPELLATION VON HERRN KLINKENBERG AN HERRN MINISTER PAASCH ÜBER REGELN,  
DIE SINN MACHEN

DER PRÄSIDENT.- Gemäß Artikel 65 der Geschäftsordnung kommen wir zur Interpellation von Herrn Klinkenberg an Herrn Minister Paasch über Regeln, die Sinn machen. Herr Klinkenberg hat das Wort.

HERR KLINKENBERG (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren setzen sich die Schulen damit auseinander, was sie in ihre Schulordnung aufnehmen sollen und was nicht. Vervierser Zeitungen sind der Frage nachgegangen und haben aufgedeckt, dass die erzieherischen Ziele und Vorstellungen von Schule zu

Schule recht unterschiedlich ausfallen. Zu den untersuchten Schulen gehörten auch zwei aus dem Gebiet deutscher Sprache. Diese Untersuchung und mehrere Gespräche mit der Jugendgruppe „So Young“ brachten mich auf die Idee dieser Interpellation.

Untersucht wurde z.B., ob Piercing oder farblich extravagantes Aussehen erlaubt, geduldet oder verboten wird. Etwa die Hälfte der Sekundarschulen im Bezirk Verviers, ob zum öffentlichen oder zum katholischen Netz gehörend, duldet das Piercing mit oder ohne Vorbehalte, die andere Hälfte verbietet es. Untersucht wurde ebenfalls, ob das Tragen von Shorts oder von Miniröcken, das Benutzen von Handys oder das Tragen eines islamischen Kopftuchs gestattet oder nicht gestattet ist. Auch hier gingen die Meinungen bzw. die Schulordnungen weit auseinander. Die Schulen aus Eupen dulden offenbar das Tragen des Kopftuchs nicht, so die Vervierser Zeitung.

Wohl aber tolerierten sie - das hat neben erzieherischen auch gesundheitliche Auswirkungen - den Zigarettenkonsum ab 15 oder ab 16 Jahren oder ab der vierten Klasse. Auch zu dieser Frage war keine einheitliche Haltung der befragten Schulen festzustellen. An verschiedenen Schulen wurde der Zigarettenkonsum grundsätzlich nicht erlaubt, an anderen nur in speziell dafür vorgesehenen Räumen bzw. nur draußen, an anderen wiederum ohne örtliche Einschränkung außerhalb des Unterrichts - versteht sich von selbst.

Besondere Aufmerksamkeit erregt der Rechtsstreit zwischen dem RSI, das per interner Schulordnung das Tragen von politischen, aggressiven oder unpassenden Aufschriften verbietet, und einem Eupener Geschäft, das Umsatzeinbußen beklagt, indes das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft sich einer Stellungnahme enthält: Man mische sich nicht ein, heißt es. Die Kleidermarke LONSDALE distanziert sich von rechtsextremer Vereinnahmung. Weniger deutlich ist das bei anderen Marken wie WALHALLA, PATRIOT oder MASTERRACE. Ebenso wenig deutlich ist die Distanzierung der Kleidermarken PIT BULL und DOBERMANN oder TROUBLEMAKER von Aggression und Gewalt. Siehe dazu das *Grenz-Echo* in seiner Ausgabe vom 23. Oktober.

Bestimmt sind nicht alle Aspekte in dem Schulvergleich untersucht worden, der in der Vervierser Presse veröffentlicht wurde. Weitere könnten sicherlich hinzugefügt werden. Dennoch gab das Ergebnis Anlass zum Nachdenken, denn es handelt sich bei der Frage, was in der Schulordnung steht oder nicht, keineswegs um eine banale Angelegenheit.

*Herr Maraite übernimmt den Vorsitz.*

Insgesamt spiegelten die einen Schulen ein Bild wider, gemäss dem klare und wohl auch strenge Regeln innerhalb des Schulbetriebs gelten. Andere dagegen gaben sich gegenüber den Schülern viel freizügiger. Jede spiegelte auf ihre Art und Weise ein Bild von unserer Gesellschaft wider, wie es verworrener und verwirrender nicht sein kann.

Über die Auseinandersetzung mit der jeweiligen Schulordnung werden die Schüler angeleitet, sich mehr oder weniger konstruktiv, mehr oder weniger rebellisch, zwischen Anpassung und Provokation hin und her schwankend, mit dieser Gesellschaft und ihrem Menschenbild und schließlich mit sich selbst auseinander zu setzen. Wichtig ist in jedem Fall, dass über diese Regeln zwischen den Erziehern und den Schülern ein Dialog stattfindet, dass die Regeln Sinn machen und dass dieser Sinn dem Schüler vermittelt werden kann.

So enthalten die meisten Schulordnungen keine starren, ein für allemal festgelegten Normen. Direktoren, Präfekten, Aufseher usw. suchen meist den Mittelweg zwischen strikten Verboten und permissivem Erziehungsstil. Sie tun dies in Anlehnung an gesellschaftliche Entwicklungen, so wie sie von ihnen wahrgenommen werden - sei es in Reaktion darauf, wenn es sich in ihren Augen um Fehlentwicklungen handelt, oder sei es im Einklang damit, wenn es sich um Grundwerte handelt, die als erstrebenswert gelten. Erinnern wir uns an die Diskussion, die ins Rollen kam, als die Bischöfliche

Schule St.Vith das Thema aufgriff und den Schülern mittels ihrer Schulordnung Grenzen setzte, an denen sie sich reiben konnten und mit denen sie sich auseinandersetzen mussten.

Klein fängt es an: Piercing, Miniröcke, grelle Haarfarben usw. mögen als harmlos gelten, sind aber auch auf Provokation angelegtes Outfit, genau wie Unterrichtsstörungen, Disziplinlosigkeiten, Zu-spät-Kommen zum Unterricht oder unentschuldigtes Fernbleiben und Schulschwänzen. Bestimmte nicht harmlos sind jedoch Verhaltensweisen wie Sachbeschädigungen - Vandalismus -, Beschimpfungen und Verunglimpfungen - verbale Gewalt und Mobbing unter Schülern - oder gar Drogenhandel innerhalb oder außerhalb der Schulen.

Wie gehen die Schulen damit um? Welche Unterstützung geben wir den Schulen, um mit dieser Verrohung der Umgangsformen fertig zu werden? Kann die Schule solche Fehlentwicklungen überhaupt korrigieren? Inwieweit gehört das zu den Aufgaben der Pädagogen? Was sollen wir besorgten Eltern antworten, wenn diese uns bitten, etwas zu unternehmen, damit ihre Kinder nicht schutzlos den Verlockungen von Drogendealern oder ideologischen Rattenfängern ausgesetzt sind? Kann bzw. soll die Schule überhaupt - stellvertretend für das Elternhaus bzw. die Erziehungsberechtigten - sozusagen als Ersatzfamilie fungieren? Haben wir unsere Schulleiter oder Lehrer dazu mal befragt?

Das Thema Schulordnung ist meines Wissens bis dato noch nicht Gegenstand einer Debatte zwischen den Fraktionen gewesen, obwohl dieser Teil der schulischen Wirklichkeit meines Erachtens ganz dazu gehört und es auch wert ist, hier im Parlament angesprochen zu werden. Nicht zuletzt um den Schulverantwortlichen den Rücken zu stärken, wenn sie sich mit Schülern und oft wohl auch mit Eltern darüber auseinandersetzen müssen, ob diese oder jene Disziplinarmaßnahme und diese oder jene Strafe sinnvoll und gerechtfertigt ist.

Das letzte Wort in Sachen Kleiderordnung liege - so das Ministerium - beim Pädagogischen Rat der Schule. Die Staatsanwaltschaft legt die Strafanzeige in Sachen LONSDALE ad acta und verweist auf die zivilrechtliche Prozedur. Abgesehen vom sozialen Druck, den Marken auf die jungen Menschen ausüben, sollten wir uns mit der Frage auseinandersetzen, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Schulen und deren Verantwortliche in solchen Fragen tatsächlich allein lassen soll. Da, wo die Aufschrift eindeutig eine aggressive oder rechtsextreme Botschaft vermittelt, sollten wir als Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Schulen den Rücken stärken und deren Verbote ausdrücklich gutheißen.

Da, wo Zweifel bestehen, sollten wir den Schulen und ihren Verantwortlichen im Rahmen einer für die gesamte Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten Arbeitsgruppe Hilfen anbieten, wie sie mit dem Thema umgehen können. Es kann nicht sein, dass wir den Kopf in den Sand stecken und auf die pädagogische Autonomie der Schule verweisen und dabei die Schulverantwortlichen juristischen Konsequenzen aussetzen.

Eine politische Auseinandersetzung mit diesen Fragen scheint mir darüber hinaus umso pertinenter, als die Ergebnisse von Erhebungen der ASL bei Jugendlichen Anlass sind, nach den Ursachen zu fragen. Ich möchte einmal das oft beobachtete Phänomen der „Verrohung zwischenmenschlicher Verhaltensweisen“ als Folge mangelnden Respekts gegenüber den Spielregeln, die ein Zusammenleben ermöglichen, außer Acht lassen und vielleicht für eine spätere Aussprache aufbewahren.

Die ASL stellte fest, dass ein in meinen Augen erschreckend hoher Anteil an Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren angab, mehr als einmal, manche sogar regelmäßig, geraucht, Alkohol getrunken und/oder Drogen - auch harte - konsumiert zu haben. Vor diesem Hintergrund scheint es mir wichtig, dort, wo wir es können, die Spiel- und Verhaltensregeln zu prägen, anhand derer Fehlentwicklungen abgebremsst und starke Persönlichkeiten aufgebaut werden können, wobei mir eine koordinierte - nicht

zu verwechseln mit „einheitliche“ - Vorgehensweise aller Schulen innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft wünschenswert erscheint.

Daher meine Fragen: 1. Herr Minister, wie sehen Sie das? 2. Sind Sie bereit, gemeinsam mit dem zuständigen Ausschuss, mit interessierten Schulleitern und mit Elternräten den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu organisieren, an dessen Ende Schulordnungen stehen, die auf mehr abzielen als auf den reibungslosen Ablauf des alltäglichen Schulbetriebs? Damit will ich nicht gesagt haben, dass dieser unwichtig ist, doch geht es um mehr als darum, Störenfriede auszusortieren. Es geht neben der rein schulischen um die erzieherische Aufgabe unseres Bildungswesens. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der SP, PFF und PJU/PDB)*

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen in Regierung und Parlament! - ich darf das ja auch mal als Begrüßungsformel verwenden. Kollege Klinkenberg spricht in seiner Interpellation fundamental wichtige und grundsätzliche Fragen über die Entwicklung in der Gesellschaft an, über deren Einfluss auf die Schulgemeinschaft und die Verantwortung, die Aufgabe und den Auftrag, den wir als Gesellschaft an die Schulen zu richten haben. Er spricht die Drogenproblematik an; er spricht den Zigarettenkonsum als Bestandteil dieser Problematik an; er geht auf die zunehmende Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen in Schulen ein, und er spricht überhaupt darüber, was denn nun Erziehungsauftrag der Schule sein soll.

Ich denke, das sind so grundsätzliche und fundamental wichtige Themen, dass sie eine wirklich umfassende Analyse verdienen. Wir alle - ob nun Mitglieder der Regierung oder Mitglieder des Parlaments - sind es uns und dieser Gesellschaft schuldig, uns mit diesen Themen zu befassen. Da muss ich Ihnen schon ganz ehrlich sagen: Gerade vor diesem Hintergrund der Bedeutung dieser Themen, die Kollege Klinkenberg hier anspricht und die von den einzelnen Fraktionen dann auch kommentiert wurden, bin ich gerade heute so entsetzt, so enttäuscht und so verwundert darüber - das ist das erste Mal, seitdem ich diesem Hause angehöre -, dass eine ganze Partei, eine ganze Fraktion, und zwar die größte Fraktion, die hier im Parlament vertreten ist, sich anscheinend für all diese Themen nicht interessiert.

*(Applaus bei der SP, PFF und PJU/PDB)*

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich völlig unmöglich, jetzt alle Fragen umfassend zu

behandeln. Aber ich denke, das erwartet Kollege Klinkenberg auch nicht von mir. Er stellt aber zusätzlich zu den grundsätzlich wichtigen Fragen auch einige sehr konkrete Fragen über die Schulordnungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Erlauben Sie mir, auf die strategischen Fragen etwas später einzugehen und zunächst auf die Schulordnungen zu sprechen zu kommen.

Schulordnungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben gesetzliche Grundlagen. Sie stellen zu Recht fest, dass, wenn man sich die Praxis der Schulordnungen anschaut, diese im Bezirk Verviers, aber insbesondere auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft höchst unterschiedlich ausfallen. Allerdings dürfen Schulen in Bezug auf Schulprojekte und Schulordnungen nicht tun, was sie wollen. Es gibt auch eine ganze Reihe von gemeinsamen gesetzlichen Prinzipien, die jede Schule in der Definition ihres Projektes und auch ihrer Ordnung einzuhalten hat.

Diese gesetzlichen Bestimmungen, die also für alle gelten, werden im Grundlagendekret vom 31. August 1998 festgehalten. Dabei handelt es sich um das so genannte und vor allem in Artikel 5 definierte Gesellschaftsprojekt. Ich darf vielleicht als Hintergrundinformation diesen Artikel - er ist nicht sehr lang - einmal zitieren. Dort steht: „Jede Schule, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, hat in ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit einen Auftrag der Gesellschaft zu erfüllen. Zu diesem Auftrag gehört es, die in diesem Dekret“ - also dem Grundlagendekret - „angeführten allgemeinen Zielsetzungen in allen Unterrichten und pädagogischen Aktivitäten anzustreben. Unbedingte Grundlage jeder Bildungs- und Erziehungsarbeit ist: erstens, die Anerkennung der Menschenrechte, so wie sie in verschiedenen Konventionen definiert werden, und zweitens, der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache sowie die Förderung von Kultur und Identität.“

In diesem Dekret werden „alle Schulen aufgefordert, die Schüler zu der Erkenntnis zu erziehen, dass alle Mitmenschen den gleichen Anspruch auf Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung haben. Es gehört auch zu der gemeinsam für alle Schulen gültigen Gesetzesgrundlage, dass die Schüler dazu befähigt werden sollen, bei der Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen in der Familie, innerhalb und außerhalb der Schule, im Beruf, in der Gesellschaft und im Staat Mitverantwortung und Aufgaben zu übernehmen auf der Grundlage von gemeinsamen Werten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung der Geschlechter.“

Zu den gemeinsamen Grundlagen aller Schulprojekte gehört auch, „dass alle Schulen die Aufgabe haben, bei allen Schülern einen Sinn für das Gemeinwesen und für das demokratische Grundverhalten zu entwickeln, indem sie ihr Interesse für gesellschaftliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge wecken. Die Schule soll Schüler darauf vorbereiten, im gesellschaftlichen und im beruflichen Leben eine aktive und kreative Rolle zu übernehmen. Die Schule als Lebensraum soll Möglichkeiten schaffen, die es der gesamten Schulgemeinschaft erlauben, in schulischen Fragen mitzuwirken, die sie betreffen. Außerdem“ - das gehört auch zu der gemeinsamen Grundlage - „sollen alle Schulen, unabhängig davon, welchem Netz sie angehören, zur Weltoffenheit erziehen und den europäischen Gedanken sowie die Mehrsprachigkeit fördern.“ Das ist, kurz zusammengefasst, der allgemein gültige, gesetzlich festgelegte, verbindliche, gemeinsame Rahmen für alle Schulen und alle Netze. Dabei ist allen Schulen jegliche politische Propaganda untersagt.

Innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens obliegt es allerdings jedem Schulträger, ein eigenes Erziehungsprojekt für seine Schulen zu erstellen, das dann alle Schulen auch in ihrem Schulprojekt berücksichtigen müssen. Dabei darf - wie das Grundlagendekret auch festhält - „jeder Schulträger frei über die didaktischen Grundlagen und pädagogischen Methoden in seinen Schulen entscheiden“. Dann - wiederum innerhalb des vom einzelnen Träger festgelegten Erziehungsprojektes - erarbeiten die Pädagogischen Räte und Schulleitungen im Auftrag ihres Schulträgers ein eigenes Schulprojekt, das eine ganze Reihe von Elementen umfassen muss.

Die Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erarbeiten also eigene Projekte und Ordnungen,

müssen sich aber dabei sowohl an das Gesellschafts- als auch an das Erziehungsprojekt halten. Die Eltern - das ist Grundlage der Philosophie dieses Dekretes - können sich dann über die einzelnen Schulprojekte informieren und sich für das Projekt oder die Schule entscheiden, die ihren Vorstellungen von Erziehung für ihre Kinder am ehesten entspricht.

Selbstverständlich führt - da haben Sie sehr Recht, Kollege Klinkenberg - diese bedingte Autonomie der Schulen dazu, dass Schulprojekte und -ordnungen in den einzelnen Schulen völlig unterschiedlich ausfallen können, da ja auch die lokalen Bedürfnisse jeder einzelnen Schule von den einzelnen Pädagogischen Räten zum Teil sehr unterschiedlich eingeschätzt, aber auch zum Teil sehr unterschiedlich bewertet werden. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich finde das auch per se nicht unbedingt schlimm.

Nun stellt sich die Frage: Müssen wir diese gesetzlichen Rahmenbedingungen, die ich kurz zusammengefasst habe, abändern? Ich stimme den Kollegen Niessen und Schröder zu, die sich dazu geäußert haben. Auch in meinen Augen ist eine Abänderung der gesetzlichen Grundlagen im Moment nicht dringend erforderlich. Ich glaube auch nicht, dass kurzfristige Änderungen grundsätzlicher Natur überhaupt möglich wären, denn wer sich die Annalen unseres Parlaments anschaut, der findet dort nicht nur Wendehälse, sondern er findet auch die Tatsache, dass es sich hierbei um einen Kompromiss gehandelt hat, und zwar um einen sehr mühsam errungenen Kompromiss zwischen eben diesen gesetzlich vorgeschriebenen Richtlinien und der lokalen Schulautonomie. Dieser Kompromiss ist nach langen Diskussionen aller Parteien hier im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft und auch nach zahlreichen - Kollege Gentges wird es viel besser wissen als ich - Gesprächen mit den Vertretern der anderen Schulträger erzielt worden.

Allerdings, Kollege Klinkenberg, bin ich mit Ihnen absolut einer Meinung, dass wir innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens einiges verbessern können und vielleicht sogar verbessern sollen, denn Sie haben Recht: Die Gesellschaft entwickelt sich rasant. Nun ist es - ich sagte es bereits - nicht möglich, im Rahmen einer Interpellation alle gesellschaftlichen Entwicklungen, die angedeutet wurden, auch umfassend zu kommentieren oder zu analysieren. Dennoch möchte ich auf einige Beispiele eingehen, und zwar Beispiele einer gesellschaftlichen Entwicklung, die für die Schulgemeinschaft mit zusätzlichen Herausforderungen und oftmals auch konkreten Problemen verbunden sind.

Zum einen stellen wir fest, dass heute oftmals beide Elternteile berufstätig sind. Das war nicht immer so. Wir wissen auch, dass der Erziehung der Kinder dabei im Elternhaus oft zu wenig Zeit eingeräumt wird. Das ist bedauerlich, aber es ist eine Tatsache. Es stimmt auch - wie Sie in Ihrer Interpellation andeuten -, dass eine ganze Reihe von Eltern von unseren Schulen erwarten, dass diese ihren Teil des Erziehungsauftrags zum Teil oder vielleicht sogar zum ganz großen Teil übernehmen.

Gleichzeitig - eine zweite gesellschaftliche Entwicklung - nehmen die Medien immer mehr und auch immer früher Einfluss auf die Entwicklung unserer Kinder. Das ist manchmal positiv, manchmal aber auch sehr bedauerlich und gefährlich. Deshalb bemühen wir uns um die Förderung der Medienkompetenz als primäres Ziel auch in unseren Schulen.

Es stimmt auch, dass unsere Gesellschaft immer schnelllebiger wird und dass sie zunehmend konsumorientierter und manchmal - so würde ich sogar sagen - oberflächlicher wird. Die Familien, d.h. Eltern und Kinder, bleiben dabei natürlich von zunehmendem Druck und Stresseinflüssen nicht verschont. Die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen nimmt zu, und der Drogenkonsum von Kindern ist eine Tatsache, die wir nicht leugnen dürfen. Deshalb hat man sich seit vielen Jahren bemüht, Bewusstseinsbildung in diesen Bereichen zu betreiben, gerade auch in den Schulen Programme zur Gewaltprävention durchzuführen und beispielsweise unsere Pädagogen über Weiterbildungsangebote auf den Umgang mit Konflikten, mit Gewalt und auch mit Drogenkonsum vorzubereiten. All diese Entwicklungen und viele mehr sind für unsere Schulen mit gewaltigen, geradezu gigantischen

Herausforderungen verbunden.

Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, unseren Schulen, unseren Schulleitern und unseren Lehrkräften ein Kompliment auszusprechen, denn sie stellen sich dieser Herausforderung seit sehr vielen Jahren. Sie haben das oftmals auch mit großem Aufwand getan.

Sie haben zwei Beispiele genannt: das Bischöfliche Institut in St. Vith und das Robert-Schumann-Institut in Eupen. Gerade dieses Institut möchte ich stellvertretend für alle anderen besonders in diesem Zusammenhang lobend erwähnen. Letzte Woche - ganz aktueller Anlass - fand ein Audit in dieser Schule statt, bei dem es um die Zertifizierung nach ISO-Normen ging. Ich kann Ihnen mitteilen, dass dieses Audit positiv ausgefallen ist. Die Schule wurde ISO-14.001-zertifiziert. ... *(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)* ... Das hat zwar hauptsächlich mit Umweltmanagement zu tun, aber bei weitem nicht nur.

Ich habe mich heute mit den Betroffenen noch einmal ausgiebig darüber unterhalten, was das für Auswirkungen hat, denn „Umweltmanagement“ bedeutet immer mehr auch „Mitweltmanagement“. Die entsprechenden Anforderungen und Ansprüche im Rahmen der ISO-Zertifizierung gehen immer mehr auch in diese Richtung nach dem Motto: Die Schule soll ein Ort sein, an dem sich alle Kinder und Erwachsenen wohl fühlen. Gerade dort werden Aktionen gegen Gewalt, gegen Drogenkonsum, gegen Mobbing usw. durchgeführt. In genau diese Konzeptstellung oder Grundlagenstellung passt auch das Agora-Konzept, das wir ja unterstützen - Kollege Gentges länger als ich, aber ich als sein Nachfolger auch. Bei diesem Konzept geht es vor allem auch um die Verbindung zur Nachhaltigkeit, denn auch das hat mit all diesen Themen zu tun. Aber es ist richtig: In diesem Bereich insgesamt bleibt noch viel, ja sogar sehr viel zu tun.

Ich möchte aber auch ganz klar sagen, dass die Schule nicht alles leisten kann, denn auf keinen Fall können wir der Schule zumuten, die Eltern gänzlich aus ihrer Verantwortung zu entlassen und deren Erziehungsauftrag voll und ganz zu übernehmen. Dafür sind unsere Pädagogen nicht ausgebildet und auch nicht da. Das bedeutet, dass wir bei der Definition des Auftrags, den wir an unsere Schulen richten, Schwerpunkte festlegen müssen. Das bedeutet, wie Kollege Palm anlässlich der Haushaltsdebatten sagte, dass die Schule sich vor allem um das Kerngeschäft kümmern muss nach dem Motto: Gebt der Schule ihren eigentlichen Auftrag zurück. Einen Unterrichts- und einen Erziehungsauftrag, den man durchaus - das ist ja Gegenstand der Diskussionen unserer strategischen Arbeitsgruppen - noch präziser definieren kann.

Wenn wir keine Schwerpunkte in diesem Zusammenhang setzen, dann werden wir nicht nur unsere Lehrer völlig überfordern, sondern vielleicht auch mittelfristig und beinahe zwangsläufig dazu beitragen, dass die Rollen vertauscht werden: die Rolle „Elternhaus“ auf der einen Seite und die Rolle „Schule“ auf der anderen Seite. Wenn wir dort nicht Acht geben, dann könnten wir uns irgendwann vor der Situation wiederfinden, dass die Schule erzieht - alleine erzieht - und die Familie unterrichtet.

Das wäre sozial zutiefst ungerecht. Aber genau dafür gibt es jetzt schon Anzeichen. Ich habe es bewusst dramatisiert. Aber wenn die Schule sich nicht mehr auf ihr Kerngeschäft konzentriert und über Aufgaben, Hausaufgaben usw. immer mehr ins Elternhaus zurückschiebt, weil sie das alles auch zeitmäßig gar nicht mehr schaffen kann, dann führt das natürlich dazu, dass gerade die soziale Herkunft, die Möglichkeiten, die Ausbildung usw. der Eltern von ganz besonders großer Bedeutung sind. Es ist ja eine der Erkenntnisse, die wir aus der PISA-Studie gewonnen haben oder gewinnen sollten, dass gerade solche Phänomene und die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft, den finanziellen Möglichkeiten, aber auch dem Ausbildungsgrad der Eltern eine möglichst geringe, am besten überhaupt keine Rolle spielen sollte, wenn es um die Chancen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder geht.

Das bedeutet auch, dass wir die Rolle, die Aufgaben und die Verantwortung aller Bildungsakteure

definieren müssen. Das bedeutet, dass die Erziehung unserer Kinder alle Kräfte in der Gesellschaft etwas angeht. Wir werden feststellen, dass eine Steigerung der Bildungsqualität nur dann gelingen kann, wenn alle diese Betroffenen mitmachen, wenn jeder, d.h. Schule, Politik, aber auch Eltern und Kinder ihre Verantwortung übernehmen.

Ich sagte anlässlich der Haushaltsdebatte, dass wir auch aus diesem Grund ein gesellschaftliches Bündnis für Bildung und auch ein breites gesellschaftliches Bündnis für Bildungskultur brauchen. Aber selbst ein Bündnis für Bildung wird alleine nicht in der Lage sein, alle die Probleme zu lösen, die Kollege Klinkenberg angesprochen hat.

Ich möchte die Anregung und die Idee von Kollege Niessen in diesem Zusammenhang aufgreifen. Er hat völlig Recht, wenn er sagt: „Die Erziehung unserer Kinder findet nicht nur in der Schule statt. Sie findet auch nicht nur im Elternhaus statt. Sie findet an vielen anderen Orten gleichzeitig statt, denn Jugendliche verbringen bekanntlich sehr viel Zeit in Vereinen, in Sportstätten, in Jugendorganisationen - manchmal auch in Kneipen -, auf Kulturveranstaltungen - manchmal auch auf Ballveranstaltungen - usw. Auch dort wird in der Tat, bewusst oder unbewusst, „erzogen“.

Gewaltbereitschaft, Verhaltensstörungen, Drogen und Extremismus sind Probleme, die folglich auch - Kollege Niessen hat da vollkommen Recht - die Jugend-, die Medien-, die Sport- und nicht zuletzt auch die Familien- und Sozialpolitik betreffen. Das bedeutet wiederum, dass gerade diese Probleme in den Griff zu bekommen voraussetzt, dass alle Kräfte und nicht nur die direkt mit der Bildung verbundenen Kräfte in der Gesellschaft zusammenarbeiten müssen, dass Politiker jeder Parteifarbe und in allen Zuständigkeitsbereichen, Verantwortliche in Folklore-, in Sport-, in Kultur- und in Jugendvereinigungen, Animatoren, Streetworker, Organisatoren von Ballveranstaltungen, Kneipeninhaber, vor allem aber natürlich auch Eltern, Lehrer und Politiker alle an einem Strang ziehen müssen, um diese Fülle von Problemen in den Griff zu bekommen.

Sie haben Recht, Kollege Klinkenberg: Auf jeden Fall müssen wir unseren Schulen den Rücken stärken, wenn sie innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Rahmens beispielsweise Regeln per Schulordnung festlegen, Regeln, die Sinn machen und auf deren Einhaltung die Schule zu pochen versucht. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, sich in laufende juristische Verfahren einzumischen. Aus juristischer Sicht glaube ich das nicht. Aber auf jeden Fall müssen wir alle Schulen wirksam unterstützen, die durch ihre Schulordnung dazu beitragen, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen von Extremismus, Rechtsextremismus usw. zu bekämpfen. Wenn Sie mich fragen, wie ich das sehe, dann kann ich Ihnen nur ganz klar und eindeutig sagen, dass ich jede Schulordnung befürworte, die das Tragen von rechtsextremen Symbolen verbietet. Jede Schule, die durch ihre Schulordnung oder spezifische Aktionen zum Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und jede Form des Extremismus beiträgt, darf sicher sein, dass ich als zuständiger Minister sie mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen werde.

Kollege Klinkenberg, Sie regen einen breiten Dialog zwischen Schulen und Eltern über sinnvolle Regeln an. Ich stimme da mit Ihnen überein, denn auch ich glaube, dass es Sinn macht, ein Forum zu schaffen, in dem sowohl Schulleiter als auch Vertreter von Pädagogischen Räten und andere Interessierte netzübergreifend über ihre Erfahrungen mit ihren jeweiligen Schulordnungen reden. Vielleicht wird dann auch die eine oder andere Schule die Erfahrungen und Anregungen von Kollegen in ihrer eigenen Schulordnung berücksichtigen. Vielleicht gelingt es einem solchen Forum auch, den Betroffenen Hilfen anzubieten.

Ich glaube allerdings nicht, dass am Ende dieses Dialogs einheitliche Schulordnungen in allen Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen würden. Das würde - ich sagte es eingangs - in meinen Augen auch kaum Sinn machen. Wir sollten da in der Tat nicht vereinheitlichen, sondern unterstützend tätig werden, weil die Bedürfnisse ja auch nicht überall dieselben sind.

Ich glaube im Übrigen nicht, dass dieser Dialog irgendwann einmal beendet sein wird. Die Gesellschaft wird sich immer weiter entwickeln und somit auch die Regeln, die wir brauchen, um unseren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Gerade deshalb haben Sie Recht, dass wir ein solches Forum, einen solchen permanenten Dialog brauchen. Ein Forum, in dem Betroffenen und Interessierten die Möglichkeit gegeben wird, darüber zu diskutieren, wie wir mit Gewaltbereitschaft, Mobbing, Fremdenfeindlichkeit, Verrohung der Umgangsformen, Disziplinlosigkeit und Drogen umgehen können, ist sinnvoll, aber wahrscheinlich gar nicht so einfach zu organisieren, denn - ich sagte es eben - es betrifft enorm viele gesellschaftliche Kräfte. Ich traue mir nicht zu, sie alle in einem Raum - so teuer das Ministerium auch in den Augen des einen oder anderen gewesen sein soll - unterbringen zu können.

Ich gehe einmal davon aus, dass es mehr Sinn macht, wenn ich diese Thematik mit den Schulleitern unserer Grund- und Sekundarschulen bespreche und gemeinsam mit ihnen darüber nachdenke, wie ein solches Forum aussehen könnte. Wir müssen dann aber auch den Schulen, den Schulträgern, den Schulleitern und den Pädagogischen Räten die Freiheit geben, die entsprechenden Initiativen zu übernehmen, wenn es darum geht, beispielsweise Schulordnungen konkret zu verfassen, denn gerade die Schulen vor Ort sind dazu besser in der Lage als ich als Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Akteure vor Ort kennen die Probleme. Sie können sich austauschen und haben den direkten Kontakt zu den Eltern. Sie haben auch sehr oft den Kontakt zu Nachbarschulen, sodass man sich durch einen entsprechenden Gedankenaustausch gegenseitig bereichern kann.

Ich teile auch Ihre Auffassung, dass in diesem Gesamtzusammenhang für das Ministerium noch einiges zu tun bleibt, obwohl die Unterrichts- und Sozialabteilungen in der Vergangenheit bereits sehr viele Anstrengungen unternommen haben. Aber selbstverständlich dürfen wir es nicht dabei belassen. Die Kollegen aus diesen beiden Abteilungen wissen das und sie belassen es auch nicht dabei. Außerdem sind, wie eben gesagt, auch alle anderen Abteilungen des Ministeriums betroffen und auch sie haben nicht vor, untätig zu sein.

Ich selbst werde die Pädagogische Dienststelle konkret damit beauftragen - weil ich ja wusste, was Sie heute sagen würden, habe ich es heute Morgen schon getan -, die unterschiedlichen Schulordnungen der Schulen in unserer Gemeinschaft einmal zu analysieren und mit den Erziehungs- und Gesellschaftsprojekten, die ja zumindest gesetzliche Grundlage dafür sein sollten, zu vergleichen. Daraus könnte eine interessante Diskussionsgrundlage, ein Arbeitspapier für das oben genannte Forum entstehen. Das jedenfalls möchte ich ganz konkret machen.

Wenn wir bis Mitternacht Zeit hätten, würde ich das Thema Bürgerkunde auch noch ansprechen ... (*Zwischenruf: „Gnade!“*) ..., denn auch das ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Ich bin sicher, ich würde Kollege Servaty - und nicht nur ihm - einen ganz besonders persönlichen Gefallen tun. Er hat nämlich Recht, wenn er - ich habe es schon oft gesagt - immer wieder auf dieses Thema zurückkommt denn es ist von fundamentaler Bedeutung. Vielleicht kann ich ihm sagen, dass wir heute sowohl in der Pädagogischen Dienststelle als auch in der Lehrplankommission noch einmal zwei Stunden über dieses Thema gesprochen haben.

Wie Sie vielleicht wissen, sind wir dabei, auch Lehrpläne für die Grundschulen zu entwerfen. Dort spielt das Thema Weltorientierung insgesamt eine ganz besonders große Bedeutung. Sie dürfen mir glauben, dass ich mit aller mir zur Verfügung stehenden Stimmkraft in jeglicher Hinsicht noch einmal die Bedeutung dieses Themas hervorgehoben und darauf hingewiesen habe, dass gerade auch bei der Erstellung der Lehrpläne dieses Thema unbedingt berücksichtigt werden muss. Die Kollegen, mit denen ich gesprochen habe, haben ihre Bereitschaft erklärt, ihren Gedanken- und Arbeitskreis um andere gesellschaftliche Kräfte zu erweitern, um eine vernünftige Grundlage schaffen zu können. Aber da wir ja nicht bis Mitternacht Zeit haben, möchte ich es dabei belassen und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken!

*(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)*

DER PRÄSIDENT.- Herr Klinkenberg, Sie haben die Gelegenheit zur Replik.

HERR KLINKENBERG *(aus dem Saal)*.- Nur eine ganz kurze Bemerkung, da es schon so spät ist. Ich möchte mich beim Herrn Minister für diese ausführliche Antwort und dafür, dass er sich heute mit dem Thema so intensiv befasst hat, ganz herzlich bedanken. Vielen Dank!